

20 Jahre INF-Vertrag

Ein Rückblick aus aktuellem Anlass



| | |
|--|---|
| 1 Kurzer Rückblick auf die Geschichte des INF-Vertrages | 2 |
| 2 Aktueller Bezug - Russland droht mit der Aufkündigung des INF-Vertrages..... | 2 |
| 3 Inwieweit ist Deutschland betroffen?..... | 3 |
| 4 Die Position der IPPNW | 3 |
| 4.1 Aktuelles in Deutschland: Einladung nach Mutlangen 7/8.12.07..... | 4 |
| 4.2 Aktuelles in Deutschland: Die Kampagne unsere zukunft atomwaffenfrei..... | 4 |
| 5 Ansprechpartner bei der IPPNW..... | 5 |

1 Kurzer Rückblick auf die Geschichte des INF-Vertrages

Vor 20 Jahren, am 8. Dezember 1987, unterzeichneten der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow und der US-Präsident Ronald Reagan in Washington den INF-Vertrag. „INF“ ist die englische Abkürzung für „Intermediate-range Nuclear Forces“ (nukleare Mittelstreckenwaffen). Darunter fallen Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km. In dem Vertrag einigten sich die beiden Mächte darauf, auf diese Waffengattung vollständig zu verzichten und die bestehenden Arsenale zu zerstören. Die in Westdeutschland stationierten Pershing II-Raketen wurden in seiner Folge abgezogen. Der INF-Vertrag ist der einzige Abrüstungsvertrag zwischen den beiden Staaten, in dessen Folge die Waffen nicht nur außer Dienst gestellt sondern die Raketen auch tatsächlich zerstört wurden.

Der Vertrag ist bilateral. Andere Länder, unter anderem China, entwickelten weiter nukleare Mittelstreckenwaffen. Vor diesem Hintergrund verweist Präsident Putin darauf, dass auch Russland sich auf die veränderte Sicherheitslage einstellen müsse. Knapp 20 Jahre nach dem erfolgreichen Vertragsabschluss droht Russland im Streit um das geplante US-Raketenabwehrsystem mit der Aufkündigung des INF-Vertrages.

2 Aktueller Bezug - Russland droht mit der Aufkündigung des INF-Vertrages

Mit der Aufkündigung des ABM-Vertrages (Anti-Ballistic Missile Treaty) unterstrichen die USA im Dezember 2001 ihre Entschlossenheit zum Aufbau eines Raketenabwehrsystems. Präsident Bush begründete den Schritt seiner Regierung mit dem Verweis auf die sich veränderte internationale Sicherheitslage. Die Bedrohung für die USA und ihre Verbündeten gehe nicht mehr hauptsächlich von Russland oder anderen Großmächten aus. Man müsse sich vielmehr gegen Terroristen und "Schurkenstaaten" wie den Iran oder Nordkorea schützen. Die US-amerikanischen Pläne zum Aufbau eines weltweiten Raketenabwehrsystems unter Einbindung zweier ehemaliger Sowjetstaaten stoßen in Russland auf heftigen Widerstand. Der Ton zwischen den beiden Ländern verschärfte sich zuletzt merklich.

Wiederholt drohte Präsident Putin mit der Aufkündigung des INF-Vertrages. Im Oktober 2007 verkündete der Kommandeur der Strategischen Streitkräfte Russlands General Nikolai Solowtsow die Produktion der Waffensysteme könne in „kürzester Zeit“ wieder aufgenommen werden. Die US-Regierung reagierte auf die russischen Verlautbarungen wiederholt mit dem Verweis darauf, dass das Ziel eines geplanten Raketenabwehrsystems nicht der Schutz vor einem Angriff aus Russland sei.¹ Man verstehe aber, so der US-Verteidigungsminister Robert Gates, die Bedenken der russischen Seite. Die US-Regierung sei bereit Maßnahmen zu ergreifen, um die Sorgen Russlands zu entkräften.

Internationale Beobachter schätzen die politische Situation dahingehend ein, dass Russland bei einer Aufkündigung des Vertrages weitaus mehr zu verlieren habe als die USA. Dementsprechend wechseln sich die Drohungen aus dem Kreml immer wieder ab mit Signalen der Entspannung. Die von den Außen- und Verteidigungsministern der USA

¹ Fact Sheet: Defending America and Its Allies Against Ballistic Missile Attack, 23. Oktober 2007, veröffentlicht auf der Seite des Weißen Hauses

und Russlands bei ihrem Treffen am 12./13. Oktober in Moskau beschlossene, gemeinsame Multilateralisierungsinitiative des INF-Vertrages ist eines dieser Signale.

3 Inwieweit ist Deutschland betroffen?

Der deutsche Außenminister Steinmeier kündigte Ende Oktober seine Unterstützung für den russisch-amerikanischen Vorschlag zur Ausweitung des INF-Vertrages an. Am 30. Oktober erläuterte er in Berlin die außenpolitische Position Deutschlands:

„Eine Ausweitung des bisher nur zwischen den USA und Russland geltenden INF-Vertrags wäre aus Sicht der Bundesregierung ein bedeutender Schritt zur Überwindung des Stillstands bei der Abrüstung im nuklearen Trägerbereich. Der INF-Vertrag ist ein tragender Pfeiler der globalen und insbesondere der europäischen Sicherheitsarchitektur. Die Bundesregierung misst seiner Bewahrung und Fortentwicklung große Bedeutung bei.“²

Steinmeier unterstrich die abrüstungspolitischen Ziele der Bundesregierung. Ein Aspekt, der in seiner Stellungnahme nicht zur Sprache kam, ist die nukleare Teilhabe Deutschlands.

Die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO besteht aus zwei Komponenten: Zum einen der technischen Teilhabe, mittels derer Piloten und Flugzeuge der nichtnuklearen NATO-Staaten im Kriegsfall US-Atomwaffen einsetzen können und dies im Frieden üben. Zum anderen aus der politischen Teilhabe, d.h. dem Recht, über Nuklearstrategie, Nuklearwaffenstationierung und Nuklearwaffeneinsatzplanung in der NATO mitdiskutieren zu können (Nukleare Planungsgruppe der NATO). In Büchel in der Eifel sind noch immer ca. 20 US-amerikanische Atomwaffen stationiert. Bundeswehrsoldaten werden in Deutschland für den Einsatz dieser Waffen im Ernstfall ausgebildet. Deutsche Tornados stehen in Büchel als Trägersysteme zur Verfügung.

Viele Experten halten die nukleare Teilhabe für einen Verstoß gegen Artikel II des Nichtverbreitungsvertrags, in dem sich die Nicht-Atomwaffenstaaten verpflichten, Atomwaffen von niemandem anzunehmen.

4 Die Position der IPPNW

Atomwaffen sind auch nach dem Ende des Kalten Krieges zentrales Thema der IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung). In der neuen Weltordnung bekommen sie wieder einen zentralen Stellenwert. Die IPPNW recherchiert die aktuellen Entwicklungen bei der Herstellung neuer Atomwaffen, studiert die Einsatzfolgen und nimmt mit ihren Sachverständigen Einfluss auf die Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York. Das Ziel: Die Abschaffung aller Atomwaffen.

IPPNW-Mitarbeiterin Xanthe Hall wünscht sich von der Bundesregierung eine richtungsweisende Abkehr von der nuklearen Teilhabe, die ein Signal an die internationale Gemeinschaft sein würde. Zu den Ankündigungen Putins, den INF-Vertrag möglicherweise aufzukündigen, sagt sie:

„In den 80er Jahre feierten die Menschen in Europa das Inkrafttreten des INF-Vertrages als großen Erfolg. Sie fühlten sich sicherer, weil Europa damit nicht mehr als atomares

² Pressemitteilung vom 30.10.2007, Auswärtiges Amt

Schlachtfeld der Supermächte galt. Eine mögliche Aufkündigung des INF-Vertrages kombiniert mit der Drohung Putins, Europa wieder als Ziel für russische Atomwaffen in die militärische Planung aufzunehmen und die parlamentarische Entscheidung, den KSE-Vertrag aufzukündigen bedeutet, dass Europa wieder unsicherer wird. Der einzige Weg, über den dieser Konflikt deeskaliert werden könnte, ist ein Stopp der geplanten US-Raketenabwehr. Darüber hinaus wäre es an der Zeit, die US-Atomwaffen aus Europa abzuziehen, um Russland erneut an den Verhandlungstisch zu bekommen.“

4.1 Aktuelles in Deutschland: Einladung nach Mutlangen 7/8.12.07

Zum Jahrestag des Abschlusses des INF-Vertrages, lädt die Friedenswerkstatt Mutlangen am historischem Veranstaltungsort zu zwei Veranstaltungen unter dem Titel „Unser Mut wird langen - nicht nur in Mutlangen“ ein:

Am Freitag, den 7. Dezember analysiert der Journalist Andreas Zumach, der die Entwicklungen und Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in Genf jahrelang verfolgte, in seinem Vortrag „Atomwaffeneinsatz trotz INF-Vertrag?“ die Geschichte und die aktuelle Bedeutung des Vertrages.

Am Samstag, dem 8. Dezember werden in der Gemeindehalle Mutlangen gemeinsam mit den "Mayors for Peace", den Bürgermeistern für den Frieden, in einer Zukunftswerkstatt Schritte entwickelt, wie die letzten Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden können. Am Nachmittag wird der Geschichtspfad Mutlanger Heide eingeweiht und das Mutlanger Manifest verabschiedet. Anschließend wird es einen Begegnungsabend mit Musik und Berichten von Aktionen geben.

Kontakt und Anmeldung:

Wolfgang Schlupp-Hauck, Vorsitzender Friedenswerkstatt Mutlangen

Tel. 07171 18 20 58, e-Mail: redaktion@pressehuette.de

4.2 Aktuelles in Deutschland: Die Kampagne *unsere zukunft atomwaffenfrei*

Die Kampagne ist ein Aktionsbündnis von über 40 unabhängigen Organisationen in Deutschland, die einen wegweisenden Beitrag der Bundesregierung zu einer atomwaffenfreien Welt fordern. Ziel der Kampagne, an der sich auch die IPPNW beteiligt, ist es, dass Deutschland bei der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages im Jahr 2010 vor den Vereinten Nationen verkündet: "Deutschland ist atomwaffenfrei: Wir haben die nukleare Teilhabe beendet, als einen Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt."



Die Kampagne *unsere zukunft - atomwaffenfrei* wird auf zwei Ebenen durchgeführt. Einerseits soll sie durch Aktionen informieren und mobilisieren. Andererseits soll durch Lobbyarbeit politischer Druck erzeugt werden. Die Fotoaktion *Hands-Up!* ist eine Aktion des Bündnisses, das Bürger über die nukleare Teilhabe Deutschlands informiert. Da das

Thema von den Medien kaum aufgegriffen wird, wissen viele Menschen in Deutschland weder, dass noch immer Atomwaffen in der Bundesrepublik stationiert sind, noch, dass Bundeswehrsoldaten im Rahmen der NATO an ihrem Einsatz beteiligt sein könnten.

Am 24. Januar 2008 lädt die IPPNW deshalb ins Berliner taz-Café zu der Veranstaltung „Unterlassene Nachricht Atomwaffen“ ein.

5 Ansprechpartner bei der IPPNW

IPPNW-Pressereferent Sven Hessmann

Körtestrasse 10, 10967 Berlin

Telefon: 030/698 074 - 14

Fax: 030/693 81 66

Email: hessmann@ippnw.de

www.ippnw.de

Kampagne *unsere zukunft atomwaffenfrei*:

Xanthe Hall

Tel. 030 / 698074 – 12

Email: xanthe@ippnw.de

www.atomwaffenfrei.de